

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 20 (1979)
Heft: 8

Artikel: Finnlandisierung konkret : wie Moskau eine Kolonie behandelt
Autor: Lamm, Edgar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094788>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie Moskau eine Kolonie behandelt

Finnlandisierung konkret

Von Edgar Lamm

Die «Finnlandisierung» ist ein politischer Begriff, den man vorzugsweise verwendet, um politische Tendenzen ausserhalb Finnlands zu charakterisieren. Was das Wort im beispielgebenden Land selbst bedeutet, haben jetzt wieder die Begleiterscheinungen zu den finnischen Parlamentswahlen bewusst gemacht: Finnland hat nur ein beschränktes Recht, sich in finnische Angelegenheiten einzumischen.

Die kürzlich zu Ende gegangenen Reichstagswahlen in Finnland sind zu Recht als eine Protestwahl gegen den erdrückenden sowjetischen Einfluss interpretiert worden. Die Konservative Partei verbesserte bei diesen Wahlen die Zahl ihrer Parlamentssitze von 35 auf 47 und ist damit der eindeutige Sieger der Wahl. Entsprechend hohe Verluste musste die Volksfrontregierung aus Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberalen und der Zentrumsparterie des Staatspräsidenten Kekkonen hinnehmen.

Moskauer Wahlhilfe

Deutliche Beispiele für die seit Jahrzehnten betriebene sowjetische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Finnlands lieferte der vorangegangene Wahlkampf. In der Moskauer Zeitschrift «Neue Zeit» hiess es, dass eine Aufnahme der Konservativen in die Regierung die Beziehungen Finnlands zur Sowjetunion beeinträchtigen müsste.

Auch die «Prawda» sparte nicht mit Drohungen. Finnland ist in keiner beneidenswerten Situation. Von 1809 bis 1917 russisches Grossfürstentum, seitdem unabhängig, während des Zweiten Weltkrieges mehrfach zu Gebietsabtretungen an die Sowjetunion gezwungen, ist das neutrale Land durch den 1948 abgeschlossenen «Freundschafts- und Beistandspakt» auf das engste mit der Sowjetunion verbunden. Eine unabhängige Aussenpolitik kann es nicht betreiben. Schlimmer noch: Es muss sich praktisch zum Fürsprecher und Interessenvertreter der sowjetischen Aussenpolitik machen.

Besonders deutlich wurde dies Ende 1976, als Präsident Kekkonen die norwegische Regierung dringend vor der Stationierung deutscher Truppen in Norwegen im Rahmen von Nato-Manövern warnte. Dadurch würde die Sicherheit Skandinaviens und die augenblicklich «stabile Lage» gefährdet.

Innenpolitik als Verbotsübernahme

Das deprimierendste Kapitel bleibt jedoch die finnische Innenpolitik. In diesem Lande geschieht nichts, was den Krenl erzürnen könnte.

Hier einige Beispiele der Finnlandisierung:

● Solschenizyns «Archipel Gulag» konnte in Finnland nicht erscheinen. Der sozialdemokra-

tisch orientierte Verlag Tammi lehnte eine Veröffentlichung 1973 mit der Begründung ab, dass ein Erscheinen des Buches «nicht im allgemeinen Interesse» liege. Derartige Begründungen sind in Finnland keine Seltenheit. Der «Archipel Gulag» wurde dennoch in finnischer Sprache veröffentlicht — allerdings durch einen schwedischen Verlag. Bücherimporte sind in Finnland noch nicht verboten... Aehnliche Auswege beschreiten finnische Journalisten. Sollten sie etwas erfahren, was «nicht im allgemeinen Interesse» liegt, so teilen sie dies schwedischen Journalisten mit der Bitte um Veröffentlichung mit. Anschliessend zitieren sie dann die schwedischen Zeitungen.

● Die Aufführung der Verfilmung von Alexander Solschenizyns Roman «Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch» wurde schon 1972 verboten. (Nebenbei: Der Iwan Denissowitsch war schliesslich eine sowjetische Publikation gewesen...)

● Bei der Einweihung des Finlandia-Hauses in Helsinki sollte eine Komposition der Sibelius-Akademie mit dem Namen «Zur Erinnerung an Jan Palach» aufgeführt werden. Die Aufführung wurde unterbunden.

● Seit dem 1. Januar 1979 hat Finnland den Versand von Bibeln in die Sowjetunion auf Wunsch des Kremls untersagt. Grundlage dafür ist das seit 1976 bestehende finnisch-sowjetische Abkommen über die Bekämpfung des Schmuggels. Das seit dem 1. Januar 1979 in Kraft befindliche finnische Zollgesetz ermächtigt die Behörden, die Ausfuhr von Waren, die unter dieses Schmuggelbekämpfungsabkommen fallen, zu verbieten. Bibeln und andere Drucksachen, die in der Sowjetunion verboten sind, werden von der finnischen Post einfach nicht mehr angenommen.

● All diese Vorfälle haben schon Tradition. Bereits im Jahre 1958 wurde die Verbreitung der Memoiren von Yrjö Leino unterbunden. Leino war Kommunist und von 1945 bis 1948 finnischer Innenminister. Kern seiner Erinnerungen war die Schilderung der Ereignisse, die im Frühjahr 1948 zum Abschluss des Freundschafts- und Beistandspaktes mit der Sowjetunion geführt haben. Nach einem Einspruch des sowjetischen Botschafters in Helsinki, Filippow, beim damaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Fagerholm liess der Tammi-Verlag die bereits gedruckten 12 000 Bücher verbrennen.

● Ein besonders trauriges Kapitel ist die Be-

handlung sowjetischer Flüchtlinge durch die finnischen Behörden. Flugzeugentführer etwa werden gemäss Art. 3 des beiderseitigen «Abkommens über die Zusammenarbeit zur Verhinderung der Entführung ziviler Flugzeuge» nicht etwa vor ein finnisches Gericht gestellt, sondern an die Sowjetunion ausgeliefert. Aber auch für Flüchtlinge, die sich keiner derartigen kriminellen Handlung schuldig gemacht haben, besteht die Gefahr der Auslieferung. Der heute in Paris lebende sowjetische Mathematiker Pljuschtsch nannte Finnland im Dezember 1976 eine Todesfalle für sowjetische Flüchtlinge und berichtete von zwei Arbeitern, die er in einem sowjetischen Arbeitslager traf, nachdem sie von Finnland ausgeliefert worden waren. Offiziell bestreitet das finnische Aussenministerium derartige Vorkommnisse, und in der Tat ist das Asylrecht in Finnland nominell anerkannt. Allerdings muss ein Flüchtling den Asylantrag «unmittelbar» nach seiner Ankunft stellen. Andernfalls — und welcher Flüchtling kennt schon so genau die juristischen Feinheiten, wenn er nicht darauf hingewiesen wird — droht die Ausweisung.

Zufriedenstellendes Gespräch mit der Presse

So bestimmt also der sowjetische Einfluss das gesamte politische und gesellschaftliche Leben Finnlands. Alles, was die «gutnachbarlichen Beziehungen» stören könnte, unterbleibt.

Nicht zuletzt die 1977 erfolgte Bildung der Volksfrontregierung unter dem Sozialdemokraten Kalevi Sorsa muss als «Geste des guten Willens» gegenüber der Sowjetunion gewertet werden. Eine Regierung ohne den Segen des Kremls ist in Finnland undenkbar. Sollte eine Regierung im Laufe ihrer Amtszeit das Vertrauen Moskaus verlieren, so ist ihr Rücktritt nahezu unausweichlich. 1958 musste der sozialdemokratische Regierungschef Fagerholm auf Verlangen der Sowjetunion sein Amt niederlegen. Er hatte zuvor eine Koalition gegen die Kommunisten und Linkssozialisten gebildet.

Im Sommer 1973 erhielt der finnische Aussenminister Karjalainen aus Moskau eine Liste mit Zeitungen, die dort Unwillen erregt hatten. Mit den betroffenen Presseorganen wurde daraufhin ein «zufriedenstellendes Gespräch» geführt. Vorgegangen war im April 1973 aus Anlass des 25. Jahrestages des finnisch-sowjetischen Freundschafts- und Beistandspaktes eine «Gemeinsame Deklaration». Darin heisst es: «Festgestellt wurde, dass die Massenmedien beider Länder eine wichtige Aufgabe darin haben, der permanenten Festigung der Freundschaft zwischen den Völkern Finnlands und der Sowjetunion zu dienen.» Präsident Kekkonen liess es sich denn auch nicht nehmen, wiederholt Zeitungen und Bücher zu kritisieren, in denen an den kommunistischen Ländern Kritik geübt wird.

Gegenbeispielchen: nur mit sehr viel gutem Willen zu finden

Manchmal gelingt es den Finnen aber auch, sich der sowjetischen Umarmung zu entziehen.

Am 6. Dezember 1977 konnten sie den sechzigsten Jahrestag der Gründung ihrer Republik begehen. Nun jährte sich wenige Wochen zuvor auch die russische Oktoberrevolution zum sechzigsten Male. Der sowjetische Botschafter in Hel-

(Fortsetzung auf Seite 10)

Unsere Meinung

Bestechung — nur eine moralische Frage?

Ist der Tatbestand
zum Beispiel passiver Bestechung
in Polen eine blosse Frage der Moral?

Die «Gleichheit vor dem Gesetz» hat Wojciech Michalski in der Warschauer Zeitschrift «Nowe drogi» (Nr. 1/1979) behandelt. Er vermerkt zunächst, dass Gleichheit keineswegs Egalitarismus (Gleichmacherei) bedeute; Unterschiede müsse es geben. (Das ist soweit überhaupt nicht neu, auch wenn es im Westen dazu sehr viele Missverständnisse gibt, unbeschadet der positiven oder negativen Wertung.) Hingegen erfordere die Gleichheit vor dem Gesetz zum Beispiel, dass ein Staatsfunktionär keinerlei persönliche Vorrechte gegenüber einem gewöhnlichen Staatsbürger habe, wenn er mit diesem in seinem Büro verhandle. Also: Amtsmissbrauch ist eigentlich gesetzwidrig. Im wirklich interessanten Absatz bemerkt dann Michalski, das Prinzip der Gleichheit habe nicht nur seine gesetzlichen Aspekte. Häufig komme es zu Kollisionen zwar nicht mit dem Recht, sondern mit der Moral, und zwar «auch» bei Parteimitgliedern:

«Es gibt leider führende Kader, die aufgrund ihrer verantwortlichen Positionen und Pflichten viele persönliche Vorteile geniessen. Ein Dienstwagen mit Chauffeur ist zweifellos richtig, wenn es sich um ein Arbeitsinstrument handelt. Doch stellt sich die Frage, ob der Grundsatz der Gleichheit nicht verletzt wird, wenn die Frau des Funktionärs Wagen und Chauffeur in Anspruch nimmt, um ihre Einkäufe zu tätigen, oder wenn der Wagen wochenlang zu Ferienzwecken benutzt wird. Und wird die Gleichheit bei der Nutzung der kollektiv erarbeiteten Werte nicht verletzt, wenn der Funktionär von einem Partnerbetrieb persönliche Geschenke erhält? Und wie steht es mit einem Hausbau aus Baumaterialien, die der Funktionär dank seinem Posten geschenkt erhält?»

In ähnlicher Weise müsse man nach der Abgrenzung zu Protektionismus, Nepotismus und Vetternwirtschaft fragen, wenn jemand seine Posi-

tion dazu benütze, seinem Sohn ein besseres Leben zu arrangieren.

Nun ist es natürlich ziemlich klar, wie der Autor die Antwort auf seine Fragen sieht. Aber der wegspringende Punkt ist ein anderer: Warum formuliert er Fragen, wo er Feststellungen treffen könnte? Und vor allem: Warum im Kontext bloss der Moral und ausdrücklich nicht des Rechts?

Was Michalski an «fraglichen» Beispielen schildert, reicht inhaltlich vom «Diebstahl am sozialistischen Eigentum» bis zur passiven Bestechung, klare Fälle von deliktischem Verhalten. Wer sich zum Beispiel aus Bestechungsgeldern ein privates Haus baut, gehört nicht moralisch in Frage gestellt, sondern schlicht und einfach bestraft, nach sozialistischer Normengebung schon gar.

Warum darf man diese Selbstverständlichkeit in der zentralen Parteizeitschrift nicht aussprechen? Es gibt nur eine Antwort: Weil das praktisch auf die Forderung hinausliefere, die gesamte Führungselite für ihr Normalverhalten ins Kittchen zu sperren.

Manchmal enthüllen Berichterstattungen aus dem Sowjetlager auffällig skandalöse Zustände vor allem in praktischen und sozialen Belangen. Hier haben wir es nur innerhalb einer ehrenwerten Abhandlung zu einem ehrenwerten Thema mit einem unscheinbaren Seitensprung von der rechtlichen in die moralische Qualität zu tun. Und das Ergebnis ist eine fundamentale Entlarvung. *cb*

In Kürze

Im Gebäude, das in Moskau das Präsidium des Obersten Sowjets beherbergt, gibt es einen Empfangsraum für Staatsbürger, die ein Anliegen vorzubringen haben. Und dazu einige separate Zimmer. Mit einem davon, als «Nr. 10» bekannt, hat es eine besondere Bewandnis. Dorthinein bittet man zum Beispiel Leute, die sich mit dem stereotypen Bescheid, man werde die fragile Beschwerde prüfen, nicht zufriedengeben wollen. Oder gar Leute, die zuständigenorts ihren Verzicht auf die sowjetische Staatsbürgerschaft mitteilen wollen. Die Besonderheit der «Nr. 10» besteht darin, dass sie eine zusätzliche Tür hat, die nur als Ausgang benützt wird. Sie führt zu einem Hof, in dem geschlossene Lieferwagen auf Abruf stationiert sind. Erweist sich ein Besucher

trotz eingehender Belehrung als uneinsichtig und renitent, wird er gleich mit einem solchen Lieferwagen zur Untersuchung in eine psychiatrische Klinik eingeliefert. Das kann bis zu zehn- oder zwölfmal pro Tag vorkommen.

*

Ende März haben etliche Zeitungen in der DDR auf ihre Wochenendausgaben verzichtet oder wenigstens ihren Umfang reduziert. Der Grund? Hier ist zum Beispiel die Vorankündigung der Leipziger Zeitung «Die Union»: «Wir sind überzeugt, dass Sie, liebe Leser, Verständnis dafür aufbringen werden, wenn wir einer dringenden Bitte unserer vietnamesischen Freunde entsprochen haben, Papier als Solidaritätsspende zur Verfügung zu stellen.» Wie immer es sich mit der Bitte aus Hanoi verhalten mag, die Dringlichkeitsstufe wurde in Moskau bestimmt. Bestimmt.

*

En à propos zum Numerus clausus, aber nicht nur: Dieses Jahr schliessen in Polen (laut «Zycie Warszawy», 6. 2. 1979) 215 000 Jugendliche ihr Mittelschulstudium ab. An den Hochschulen des Landes werden insgesamt 61 000 Plätze frei. Andererseits hat das Unterrichtsministerium für die Mittelschulabgänger, «die ihr Studium nicht fortsetzen wollen» («wollen» ist gut), 51 000 Lehr- und Arbeitsplätze bereitgestellt. Frage: Was ist mit dem kleinen Rest von 103 000 Mittelschulabsolventen?

*

In Prag ist Msgr. Frantisek Vanek zum Probst (Vorsteher des Domkapitels) der Kathedrale St. Vitus ernannt worden und hat einen Treueeid auf den Staat abgelegt. Die tschechoslowakischen Medien haben über diese Ernennung in unüblicher Ausführlichkeit berichtet, nicht ohne Hinweis auf den guten Willen des Staates zur Zusammenarbeit mit der Kirche. Zur gleichen Zeit hatten Gläubige und Priester der CSSR in einem Brief an den Vatikan die Bitte vorgebracht: «Gebt uns keine Staatsbischöfe mehr.»

(Fortsetzung von Seite 9)

sinki hatte unter Hinweis darauf schon frühzeitig angeregt, Finnland möge seine Feiern mit den Feierlichkeiten zur Oktoberrevolution zusammenlegen. Dies war ein das Selbstwertgefühl der Finnen in unerhörter Weise verletzender Vorschlag; weiss doch auch der sowjetische Botschafter, dass die Finnen mit ihrem Nationalfeiertag der Erringung der Unabhängigkeit von Russland gedenken. Das finnische Aussenministerium wies den Vorschlag taktvoll zurück. (Vielleicht auch im recht verstandenen Interesse der Sowjets, die objektiv keinen Vorteil davon haben, die finnische Bevölkerung ohne Not zu brüskieren.)

De facto jedoch ist der Status Finnlands gegenüber der Sowjetunion nur mit dem einer fortentwickelten Kolonie zu vergleichen.

Ein Orden, anders als alle andern

Dazu gehören regelmässige Ergebnissadressen. So verlieh der finnische Staatspräsident dem sowjetischen Parteichef Leonid Breschnew zu dessen 70. Geburtstag im Dezember 1976 den höchsten finnischen Orden, das «Grosskreuz der weissen Rose».

Breschnew erhielt damit die erste Auszeichnung aus einem nichtkommunistischen Land: wegen seines «grossen Beitrags zur Stärkung des Friedens und der internationalen Sicherheit»...

Vor wenigen Monaten startete Finnlands Staatspräsident Kekkonen wieder zu einem inoffiziellen Freundschaftsbesuch in die Sowjetunion. Es war der 33. seit seinem Amtsantritt im Jahre 1965. Denn der «grosse Bruder» will bei Laune gehalten werden.



Importeur feiner Qualitätsweine

Unser Beaujolais aus dem Sonnenjahrgang 1976 zeigt sich jetzt von der besten Seite.

Zum Beispiel:
Brouilly «Château du Pavé» AC 1976
Fr. 11.70/FI.

Moulin-à-Vent AC 1976
Fr. 12.40/FI.

Juliéas AC 1976
Fr. 11.20/FI.

Vins Hess Weine
Bern - Steinhölzli Telefon 031/53 85 55